

# Heimat schafft Zukunft

*Johannes Singhammer*

Heimat und Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Wer sich beheimatet fühlt und eine feste Verortung spürt, kann souverän weltoffen sein. Wer sich heimatlos fühlt und sich mit einem festen Fundament schwertut, dem steht die Welt weniger weit offen. Und der Umgang mit Unbekanntem oder Neuem wird öfter von Unsicherheit bestimmt. Heimat braucht Pflege damit sich Menschen zu Hause fühlen. In Zeiten von Kriegen, gesellschaftlicher Umwälzung und einer Zeitenwende mit der Tendenz zum Epochenwechsel fühlen sich eher weniger Menschen sicher beheimatet. Wenn Bürgerlichkeit, Erfahrung, bewährtes Miteinanderleben, gemeinsame Werte als verstaubt angesehen werden, verunsichert das zudem manche. Und wenn die Veränderung und Beseitigung des Bestehenden als Hauptziel gilt mit zum Teil aggressiven Attacken, dann wächst ein Verlustgefühl der Entheimatung.

## 1. Vropolitische Raum

Der italienische Philosoph und Kommunist Antonio Gramsci beschrieb vor 100 Jahren das Konzept der kulturellen Hegemonie. Er meinte damit, dass die herrschende Klasse Macht ausübt, indem sie Normen und die öffentliche Meinung prägt. Die Dominanz in der öffentlichen politischen Diskussion könnte dabei sogar wichtiger werden, als Wahlen zu gewinnen. An der Bedeutung des vropolitischen Raums besteht mittlerweile kein Zweifel mehr. Die schweigende Mehrheit ist hinreichend beschrieben worden. Nun aber wächst die Abwendung von Staat und Gemeinwesen bedenklich, wenn selbsternannte Eliten und Pressure-Groups diskussionsbestimmend und meinungsausschließend dominieren – obwohl eine Mehrheit in unserem Land völlig anders empfindet. Selbst im persönlichen Umfeld trauen sich manche nicht mehr, ihre bürgerliche Haltung zur Heimat vertreten. Zu groß scheint Ihnen das Risiko als ewige Gestrige, als Isolierte geoutet zu werden. Die Folge: eine wachsende Distanz zu Politik und Öffentlichkeit, ein Rückzug ins Private. Deshalb meint Heimat, auch entscheidend die Repräsentanz von Bürgerlichkeit im vropolitischen Raum. Die Baustellen für eine Korrektur sind in der politischen Diskussion hinreichend definiert: ein ausgewogener öffentlich-rechtlicher Journalismus, keine Dominanz von Wokeness, Cancel Culture und Gendersprech als bewusste Verbreitung von Heimatlosigkeit.

## 2. Werte schaffen Vertrauen

Es ist gut, dass die Würde des Menschen, der Rechtsstaat, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Religionsfreiheit und andere Grundrechte, als nicht verhandelbar gelten. Aber immer mehr Menschen spüren, dass Werte, Gemeinschaft und Zusammenhalt Zusätzliches bedingen. Manch einer bekommt schon bei der Erwähnung des Begriffs „Leitkultur“ Gänse-

haut. Aber: Ohne gemeinsame Selbstverständlichkeiten zerfällt ein Land. Und Deutschland verstrickt sich nicht in Unrecht, wenn eine klare Ansage stattfindet, was weiterhin als selbstverständlich gemeinschaftsfördernd gelten soll.

Dazu zählt zum Beispiel das solidarische Zusammenleben, was nicht nur in Paragraphen und Artikeln gegossen und festgelegt werden kann: Nur solange ein Land als akzeptierte Solidargemeinschaft funktioniert, wenn Menschen auch mit dem Herzen dabei sind, sind soziale und innere Sicherheit gewährleistet. Wächst das Gefühl, der solidarische Bürger sei am Ende der Dumme und der rechtskonforme Steuerzahler unvernünftig, reißt irgendwann der soziale Zusammenhalt. Gleichzeitig dürfen die wechselseitigen Solidarität Erwartungen nicht überzogen werden. Vor allem muss jeder selbst nach seinen eigenen Kräften für seinen Lebensunterhalt sorgen und dabei die Anderen, die Schwächeren nicht vergessen. Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe brauchen wir mehr. Und die klassischen Kardinaltugenden wie Gerechtigkeit (*justitia*), Mäßigung (*temperantia*), Tapferkeit (*fortitudo*) und Weisheit (*sapientia*) sind nicht Reste eines erschöpften Kulturpessimismus, sondern sie haben Strahlkraft für die Menschen, nicht nur in Deutschland, sondern auch weit über Europa hinaus.

### 3. Sprache schafft Heimat

Heimat gedeiht dort, wo man sich versteht. Wer nicht Deutsch spricht und versteht, tut sich schwerer, mitzumachen oder Brücken zu bauen. Eine gemeinsame Sprache – die deutsche Sprache in Deutschland – schafft ein Miteinander. Die deutsche Sprache abzuwerten und auf sie zu verzichten, befördert Spaltungstendenzen. Unsere Sprache kommt von zweierlei Seiten unter Druck mit dem Risiko, letztlich als „Restesprache“ zu enden: Von Seiten der Zuwanderer, der Migranten, welche zu Hause oder auch in den eigenen Gemeinschaften, ausschließlich ihre Herkunftssprache verwenden und von Seiten einer deutschen Elite, welche zunehmend nur noch das gesprochene und geschriebene englische Wort als amtlich anerkennt. In der deutschen Geschichte gab es immer wieder Zeiten, in denen sich Eliten abgehoben vom Volk auf Fremdsprachenbasis verständigten. Im 18. Jahrhundert war das Französische – die wunderbar präzise Sprache unseres Nachbarlandes – Zeichen der Zugehörigkeit zu Adel und Elite. Der Gemeinsamkeit und dem Miteinander hat das in der damaligen Fürstenlandschaft Deutschlands wenig genutzt. Selbstverständlich soll jeder in Deutschland Sprachen lernen, um sich mit möglichst vielen Völkern auf unseren Planeten verständigen zu können. Sprachen zu lernen bildet und erweitert den Horizont. Aber die Geringschätzung der eigenen, deutschen Sprache schafft weniger Gemeinsamkeit.

Die Erklärungsversuche eines Teils der Elite unseres Landes sind identisch: Die deutsche Sprache verstünden immer weniger. Deshalb müsste man sich in Englisch ausdrücken. Weltoffenheit beginne damit, in Englisch zu sprechen und die Einsparungen teurer Translationen brächten einen erheblichen Zugewinn an Wohlstand. Tatsächlich vermag die Anwendung der KI mittlerweile kostengünstig für jeden Eigentümer eines iPhones, nicht nur Englisch, überall zu übersetzen, sondern auch in nahezu alle anderen Sprachen. Hinzu kommt noch ein zweites. Wenn Deutsch als international geachtete Wissenschaftssprache verschwindet wird, werden zwei Auswirkungen unvermeidbar sein. Erstens: Die gewünschte Mehrsprachigkeit im wissenschaftlichen Bereich verengt sich auf eine englische Einspra-

chigkeit. Wo bleibt die sonst so sehnlichst eingefordert Diversität? Zweitens: Wird die wissenschaftliche Hochsprache des Deutschen gekappt und werden neue wissenschaftliche Phänomene nicht mehr in deutscher Sprache ausgedrückt, verödet unsere Hochsprache. Die politisch Verantwortlichen sollten alarmiert sein, denn Sprechen und Verstehen sind politische Währungen. Reiner Kunze hat hier für eine zutreffende Formulierung gefunden: „Wort ist Währung – je wahrer, desto härter“

#### **4. Christliche Verantwortung**

Von Franz Josef Strauß ist die treffende Analyse übermittelt: Wir erheben nicht, den Anspruch christliche Politik zu verwirklichen, denn das wäre vermessen. Wohl aber haben wir den Anspruch Politik aus christlicher Verantwortung zu gestalten. Heimat auf Grundlage christlicher Verantwortung zu gestalten, schließt niemandem aus. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben den Mut gehabt, in eindeutiger Klarheit, die entscheidende Präambel des Grundgesetzes zu formulieren: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen.“ Die religiös-weltanschauliche Neutralität Deutschlands bedeutet keine Wert-Neutralität aller staatlicher Ordnung. Immer dann, wenn sich politisch Verantwortliche bemüht haben, auf christlicher Wertegrundlage Fundamente zu schaffen, waren sie erfolgreich. So herrschte bei den Verfassungsgebern die Überzeugung, dass der Abfall von Gott den Weg frei gemacht habe für ein schrankenloses Machtsystem von tiefster menschlicher Erniedrigung: die nationalsozialistische Gewalt- und Schreckensherrschaft.

Auf den Punkt brachte es der zweite Präsident des Deutschen Bundestages, Hermann Ehlers, wenn er 1953 feststellte: „Der Staat lebt nicht von den Weisungen der Kirche, sondern von den Früchten ihrer geistigen Existenz.“ Den anderen Eckpunkt des jahrhundertalten Spannungsbogens legte Sir Karl Popper fest, als er formulierte: „Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, führt stets in die Hölle.“ Politische Verantwortungsträger zögern gelegentlich ihre Entscheidungen mit christlichen Werten zu begründen. Andererseits bleibt klar und nachprüfbar, wie wenig künstlich geschaffene Ersatzfundamente nachhaltig wirken, wie der Zerfall der kommunistischen Systeme in Osteuropa zeigt. Vor 35 Jahren wurde die Zerbrechlichkeit eines künstlich geschaffenen Wertesystems offenkundig. Der heilige Papst Johannes Paul II gab einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten 1995 bei einem Besuch in Rom folgende Botschaft mit: „Der Zusammenbruch totalitärer Systeme in Europa erfordert eine gründliche Erneuerung der politischen Handlungsweise. Ihnen kommt es bei Ihrer Stellung zu, mitzuhelfen, dass Europa seine Wurzeln wiederfindet und nach dem Maßstab seiner Ideale und seines Edelmut seine Zukunft aufbaut.“

#### **5. Heimat im Gleichgewicht, Demographie im Gleichgewicht**

Deutschland nähert sich in seinem Altersdurchschnitt zunehmend dem Wert von 50 Jahren. Viele Staaten in Europa bewegen sich in eine ähnliche Richtung. Die Zahl der Geburten schrumpft und immer mehr Senioren und Rentnern stehen einer zunehmend kleineren Gruppe von Kindern, Jugendlichen und vor allem Erwerbstätigen gegenüber. Das hat weitreichende Wirkungen: Europa war über viele Jahrhunderte von einer Grundhaltung des

Zugewinns, des Immer-weiter, Immer-mehr, geprägt. Der Kollaps der Geburten in vielen europäischen Ländern zwingt zu einer völlig neuen Art des Denkens: Welche Infrastruktur, sei sie sozialer oder technologischer Art, soll erhalten und ausgebaut werden, welche eingeschränkt oder aufgegeben? Ohne es deutlich auszusprechen, geschieht dieser fundamentale Umdenkungsprozess in manchen Politikbereichen bereits jetzt. Der Hinweis auf nahezu unbegrenzte Migrationsmöglichkeiten löst das Dilemma nicht auf. Denn die erhebliche, geradezu riesige Zahl von benötigten Fachkräften kann auch durch erhebliche Migrationsanstrengungen nicht gewonnen werden.

Wenn wir fragen, was wird unseren Kontinent, Deutschland, unsere Heimat am meisten in den nächsten Jahren verändern, dann lautete Antwort: die Unerbittlichkeit der Demographie. Das Risiko einer Spaltung zwischen den Generationen wächst. Die Konsequenzen zeigen sich jetzt schon vielfach: Junge Menschen fragen zunehmend nach, warum sie in die Rentenkasse im Sinne des Generationenvertrages noch ständig wachsende Zahlungen leisten sollen, während sie selbst später weniger bekommen werden, gleichzeitig dafür aber länger arbeiten sollen. Seniorinnen und Senioren wiederum verweisen darauf, dass sie erheblich dazu beigetragen haben, Deutschland aus Schutt und Asche wiederaufzubauen und ein blühendes Wirtschaftssystem an die nachfolgende Generation übergeben haben.

Dass eine Demographie im Gleichgewicht notwendig ist, bestreiten nur noch wenige. Und alle Gutwilligen hoffen auf mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit. Was bedeutet es, wenn immer weniger in Generationenfolgen nachhaltig gedacht wird, wenn uralte Selbstverständlichkeiten europäischen Selbstverständnisses immer weniger gelten, wenn Zukunft zunehmend anders als bei früheren Generationen verstanden wird? Wie sieht künftig Heimat aus? Eine umfassende intellektuell redliche Diskussion darüber steht aus und ist gleichwohl dringend nötig. Welche Aufgaben können künstliche Intelligenz und Robotik übernehmen? Wie lösen andere Kulturen ihr vergleichbares Demographie-Problem, wie etwa China mit seiner über Dekaden durchgesetzten Ein-Kind-Politik? Eine Heimat mit Zukunft bei immer weniger Kindern ist jedenfalls kaum vorstellbar.

Heimat braucht das Suchen und Bauen von Gemeinsamkeit. Gemeinsamkeit erfordert den Willen zur Selbstversöhnung bei allen bestehenden Unterschiedlichkeiten. Dabei schadet es nicht, von einem zutiefst optimistischen Menschenbild auszugehen, den Menschen Vertrauen entgegenzubringen, sie aber keinesfalls zu ihrem Glück zwingen zu wollen.

---

JOHANNES SINGHAMMER

ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages a. D. und  
Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung